

SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Maßnahmenkatalog ÖPNV

Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag:

Das 31. Altenparlament möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Umsetzung des folgenden Maßnahmenkatalogs zur Verbesserung des Ist-Zustandes im ÖPNV SH, von NAH-SH GmbH, DB Autokraft, Privatunternehmen wie z. B. Prokora.net, von Stadt- und Kreisverwaltungen zu fordern, zu fördern und durchzusetzen:

Alle ländlichen und damit infrastrukturell schwachen Regionen (z. B. Nordfriesland), müssen allen Einwohnern Chancen zum aktiven und dauerhaften Verbleib ermöglichen (Raumordnungsgesetz).

Das gesamte Mobilitätskonzept, welches die Regionalbahnen, den „Rufbus“ und die Linienbusse einschließt, muss uneingeschränkt barrierefrei werden. Dies soll durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- Angleichung der Bahnsteige an die Trittkante der Züge.
- Einsatz von ausschließlich barrierefreien Zügen.
- Barrierefreier, permanenter Zugang zu allen Bahnhöfen.
- Dort, wo die Bahnsteige noch nicht angepasst werden können, sollten Übergangslösungen geschaffen werden (Hebebühnen und mehr Zugbegleiter zur Bedienung).

Erweiterung der Mobilität in ländlichen Räumen.

Um eine nachhaltige Nutzung des gesamten Angebotes des ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, muss eine smarte Abstimmung aller vorhandenen Verkehrsmittel aufeinander erfolgen, insbesondere vom Fahrplan der Linienbusse auf den des Schienenverkehrs.

Aufgrund der verlängerten Wartezeiten bei Übertritt von einem Versorgungszentrum in das nächstgelegene werden längere Routen, mit dem Angebot des ÖPNV, erschwert. Dies sollte behoben werden, durch die Erweiterung der letzten zuführenden Buslinien.

Begründung:

Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie im Raumordnungsgesetz vorgeschrieben, zu erfüllen, ist es dringend angezeigt, die oben aufgeführten Punkte in der Fläche umzusetzen.

Außerdem wird durch die Vorhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in der beschriebenen Ausprägung der Individualverkehr gesenkt und somit auch die Belastung durch Kohlendioxid. Dies kommt den Menschen und der Natur zugute.

Die Antragskommission empfiehlt die gemeinsame Beratung der Anträge AP 31/44 und AP 31/43.